



**Ausschussdrucksache 21(22)106
vom 9. März 2026**

Stellungnahme Prof. Dr. Jürgen Zimmerer

zu TOP 1 der 17. Sitzung am 18. März 2026

Orte der Demokratieggeschichte in Deutschland

Prof. Dr. Jürgen Zimmerer, Hamburg

Stellungnahme für die Kulturausschusssitzung des Deutschen Bundestages am 18.3.2026 zum Thema „Orte der Demokratiegeschichte“

7.3.2026

Die deutsche erinnerungspolitische Staatsräson ist geprägt durch kritische Aufarbeitung der im ‚Dritten Reich‘ in deutschem Namen begangenen Verbrechen und der Übernahme von Verantwortung dafür. Zu erklären, wie es dazu kam, und alles zu tun, um Ähnliches diese zu verhindern, war und ist Verpflichtung aller Bürgerinnen und Bürger.

Eine positive Identifikation mit dem demokratischen deutschen Staat nach 1949/89 ist auf Dauer jedoch nicht nur durch Erinnerung und Zurückweisung unvorstellbarer Menschheitsverbrechen möglich. Letztere schaffen auch nur bedingt Identifikationsangebote an Deutsche, deren Vorfahren vor 1945 nicht in Deutschland lebten. Deshalb ist das Anliegen sukzessiver Bundesregierungen seit der letzten Regierung Merkel nachvollziehbar, auf positive Aspekte der deutschen Geschichte zu verweisen. Und was wäre geeigneter als die Geschichte der deutschen Demokratie?

Das 2021 vorgestellte „Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte“ postuliert ganz in diesem Sinne „Demokratie“ brauche „Orte, an denen Erinnerung Gestalt annimmt und die zur Beschäftigung mit Vergangenheit und Gegenwart anregen“, auch um Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, „sich im demokratischen Miteinander einzubringen“ und als Warnung, „dass Demokratien scheitern“ können.

Die konkreten Fortschritte bei der Umsetzung des Rahmenkonzeptes seit 2021 sind schwer zu beurteilen, viele der angekündigten thematischen Ausarbeitungen liegen noch nicht vor oder befinden sich unterhalb der öffentlichen Aufmerksamkeitsschwelle, zumindest hat bisher keine der Konzeptionen/Ausstellungen zu großen öffentlichen Debatten geführt oder große Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Als Rückschlag werten muss man das Scheitern des in der letzten Legislaturperiode unternommenen Versuchs, die – positive - Erinnerung an die deutsche Demokratie in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu integrieren und somit ihre Bedeutung zu erhöhen. Dieser Einbindung wurde von der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Merz ebenso eine Absage erteilt, wie die Versuche der Erinnerung an Migration und Kolonialismus darin einen angemessenen Platz einzuräumen.

Diese - politisch motivierte - Trennung verschärft den Blick auf das hier zur Diskussion stehende Konzept zu den Orten der Demokratiegeschichte, stand es doch von Anfang in der Kritik, eine einseitig positive deutsche historische Meistererzählung zur Identifikationsstiftung vorantreiben zu wollen: Auf der anderen Seite die problematische deutsche Geschichte im Nationalsozialismus und DDR-Diktatur, derer man gedenkt, die man jedoch von der übrigen deutschen Geschichte abkoppelt.

Es ist jedoch einseitig und ahistorisch, wenn man die deutsche Geschichte sauber in ein verbrecherisches und ein demokratisches Narrativ zu scheiden versucht, beide waren vielmehr miteinander verbunden. Dies nicht angemessen zu berücksichtigen, ist ein erster Einwand gegen die Orte der Demokratiegeschichte in der vorliegenden Form. Sie erzählen die schöne Geschichte der Demokratisierung der deutschen Nation, so als sei das nicht bis 1933 ein und dieselbe Geschichte mit der des Militarismus und Imperialismus gewesen, als teilten sich der nationalsozialistische Verbrechenstaat und der bundesrepublikanische Demokratiegeschichte bis zur Machtübertragung an Hitler nicht die gleiche Vorgeschichte.

Das große Problem sowohl des vorliegenden Rahmenkonzepts als auch der „Orte der Demokratiegeschichte“ ist diese einseitige, getrennte Betrachtung, die Abspaltung der unheilvollen Elemente der deutschen Geschichte von der Demokratiegeschichte. In der historischen Realität waren beide weit enger verbunden als es in den politischen Konzepten und Ideen, über die wir heute sprechen, den Anschein hat.

Die Geschichte etwa von Vormärz und Revolution von 1848 war aufs Engste mit Fragen nationaler Einheit und Freiheit verbunden. Freiheit war seit der Jahrhundertwende zugleich nach außen, gegen Frankreich, gegen die Napoleonische Besatzung, und nach innen (von autokratischer Bevormundung) gedacht. Freiheit, Einheit, Demokratie bildeten einen Dreiklang. Die Freiheit setzte auf nationalistische Mobilisierung, die Einheit Deutschlands war nationalistisches Programm, und die Demokratie sollte spätestens 1848 in diesem nationalen Rahmen verwirklicht werden, was demokratische Bestrebungen und Erfolge in den einzelnen deutschen Staaten nicht schmälern soll. Das Paulskirchenparlament war als nationales Parlament gedacht und verstand sich auch so.

Die Forderung nach deutscher Einheit war untrennbar verbunden mit Nationalismus, ja sie speiste sich geradezu daraus. Das Hambacher Fest von 1832 war etwa von den Organisatoren Johann August Wirth und Philipp Jakob Siebenpfeiffer als „Nationalfest der Deutschen“ einberufen worden, an dem letztendlich bis zu 30.000 Menschen teilnahmen. Während Wirth sogar ein föderiertes Europa forderte, kreisten die Gedanken Siebenpfeiffers durchaus auch um einen

"Macht und Superioritätsanspruch", der sich mit der Abgrenzung von allem "Undeutschen" verband, wie es Eckart Conze formulierte.

Zum einen bedeutete die Affirmation der eigenen Nation auch die Konstruktion der Nicht-Dazugehörigen, zum anderen trägt etwa Siebenpfeiffers Hinweis auf die "erhabene(n) Germania...in der einen Hand die Fackel der Aufklärung, welche zivilisierend hinausleuchtet in die fernsten Winkel der Erde, in der anderen die Waage des Schiedsrichteramtes, streitenden Völkern das selbsterbetene Gesetz des Friedens spendend", bereits die globale Aufladung des Sendungsbewusstseins des deutschen Nationalismus in sich; die Idee der Zivilisationsmission gehört schließlich zu den Schlüsselideen kolonialer Legitimation.

Ähnlich verhält es sich mit der Ideenwelt vieler Vordenker und Teilnehmer der Revolution von 1848. Sie wollten ein einiges Deutschland, und das war für sie ein mächtiges Deutschland. Diese Macht sollte sich kontinental zeigen, aber auch global, etwa in einer starken Flotte. Der Historiker Hans Fenske spricht gar von einer „navalistischen Euphorie“ bereits Mitte des 19. Jahrhunderts also lange vor der Gründung des deutschen Kaiserreiches. Was den Träumen von überseeischer Macht und Weltherrschaft lange Zeit fehlte, war jedoch die nationale Einheit, der sie tragende Machtstaat, der diese Ziele auch umsetzen konnte.

Mit dem Parlament in der Paulskirche schien er greifbar. Zwar standen Einheit und (innere) Freiheit in der Paulskirche im Vordergrund, Flottenpolitik und Imperialismus, bzw. die deutsche Teilnahme daran, war jedoch integraler Bestandteil der dort geführten Diskussionen. Folgerichtig war der erste finanzielle Beschluss der Nationalversammlung die Zuweisung eines Budgets von 6 Millionen Taler zum Aufbau einer deutschen Kriegsmarine. Diese sollte sich nicht auf Küstenverteidigung beschränken, sondern man dachte bereits über Flottenstützpunkte in Amerika, Afrika und Asien nach.

Es ist nicht möglich, mit Bestimmtheit zu sagen, ob schon ein 1848/49 geeinigtes Deutschland „Weltpolitik“ betrieben hätte, wie manche Historiker vermuten, und welche Form dies angenommen hätte. Das Gedankengut, dass sich später im Kaiserreich so unheilvoll auswirken sollte, war jedoch bereits im Vormärz und im Umfeld der Paulskirche da, und nicht von den unbedeutendsten Protagonisten geäußert. Man denke etwa an Richard Wagner, der 1848 erklärte:

„Nun wollen wir in Schiffen über das Meer fahren, da und dort ein junges Deutschland gründen, es mit den Ergebnissen unseres Ringens und Strebens befruchten, die edelsten gottähnlichen Kinder zeugen und erziehen: wir wollen es besser machen als die Spanier, denen die neue Welt

ein pfäffisches Schlächterhaus, besser als die Engländer, denen sie ein Krämerkasten wurde. Wir wollen es deutsch und herrlich machen: vom Aufgang bis zum Niedergang soll die Sonne ein schönes freies Deutschland sehen und an den Grenzen der Tochterlande soll, wie an denen des Mutterlandes, kein zertretenes unfreies Volk wohnen, die Strahlen deutscher Freiheit und deutscher Milde sollen den Kosaken und Franzosen, den Buschmann und Chinese erwärmen und verklären.“

Wer also an die Paulskirche erinnern will, und ihren Beitrag innerhalb der Geschichte von Bürgerbeteiligung und Demokratie, muss einerseits an Nationalismus, Volkstum und die Konstruktion von Minderheiten erinnern, und andererseits auch an Flotte, Kolonialbesitz und Weltpolitik. Dies lässt sich historisch nicht trennen. Wer dies erinnerungspolitisch versucht, verschleierte - bewusst oder unbewusst – wichtige Faktoren der Vorgeschichte der Katastrophen des 20. Jahrhundert, er/sie reinigt die Geschichte.

Stattdessen gilt es, das Verhältnis von bürgerlicher Emanzipation, gesellschaftlicher Partizipation und imperialer Machtpolitik aufzuzeigen. Ein einfaches Demokratisierungsnarrativ, wie man etwa auch in jüngsten Debatten um das moderne Potential des Kaiserreichs, einem weiteren Pfeiler einer positiveren deutschen Meistererzählung, beobachten kann, geht fehl. Es ignoriert die Wechselwirkung von wachsender politischer Teilhabe und Radikalisierung des Nationalismus bis hin zu völkischen Vorstellungen von Deutschtum, weltpolitischen Sendungsbewusstsein und Imperialismus.

Hieran scheiterte etwa auch Bismarcks Politik der außenpolitischen Selbstbeschränkung, mit der er die durch die Reichseinigung verursachten Machtverschiebungen in Europa erträglich machen wollte. Die Idee der Saturiertheit, die Bismarck postulierte, war in der Einsicht in die komplizierte Machtbalance in Europa und die durch die Reichseinigung hervorgerufenen Verwerfungen, begründet.

Im Zeitalter der sich entwickelnden Massenpolitik und eines sich intensivierenden Strukturwandels der Öffentlichkeit (Habermas) war die Formulierung der Politik nicht mehr nur eine Frage spätaristokratischer Kabinettpolitik. Selbstbeschränkung, wenn überhaupt gewollt, war in verborgenen Diplomatenzimmer leichter zu erreichen, als in der öffentlichen, politischen Arena. Innenpolitisch wuchsen Patriotismus und nationaler Wahn.

Beides verband sich in der Forderung nach einem „Platz an der Sonne“, dem Anspruch, Weltmacht zu sein, Weltpolitik zu betreiben, und über ein eigenes Kolonialreich zu gebieten. Dort,

v.a. in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, kam es zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts und zur Errichtung des ersten Rassenstaates der deutschen Geschichte.

Das Beispiel der „Hottentottenwahl“ von 1907, in der die Reichstagsauflösung und Neuwahl für eine Mehrheit zugunsten der Unterstützung des genozidalen Krieges genutzt wurden, belegt ebenfalls, dass demokratische Partizipation nicht automatisch zur Achtung von Menschenrechten führt.

Es gehört zu den besonders unangenehmen Einsichten aus der deutschen Geschichte, dass Demokratie nicht nur Bollwerk war gegen die Diktatur, Rassenstaat und Genozid, sondern diese auch mit ermöglichte. Die NSDAP mag in freien Wahlen nie die Mehrheit der Wählerstimmen erhalten haben, aber dass sie einen signifikanten Anteil erlangte, der die Machtübertragung 1933 erst ermöglichte, sollte auch nicht ignoriert werden.

Gerade die Wechselwirkungen und Radikalisierungstendenzen sind herauszuarbeiten. Ohne sie erzählen die Orte der Demokratiegeschichte nur einen Teil der Geschichte und bereiten durch eine Trennung der deutschen Geschichte in zwei getrennte Narrative den Weg, der einen Schlussstrich durch die Hintertür ermöglicht.

Der deutsche Reichstag war jedoch auch ein Ort der Kritik an Kolonialismus und Imperialismus, wofür etwa ein August Bebel oder ein Georg Ledebour steht. Kolonialismus müsste also auch deshalb als eigenes Thema in den Orten der Demokratiegeschichte erscheinen, zumal es eben kein anderes Konzept bisher gibt, in der etwa Fragen von Kolonialherrschaft und Imperialismus, und der Kritik daran, gedacht wird.

So könnte auch der Bogen geschlagen werden zum Thema Dekolonisierung und Demokratisierung. Gerade Ideen von der Gleichheit aller Menschen und deren unantastbare Würde waren historisch eng verknüpft mit Debatten um Frauen, Jüdinnen und Juden, aber auch die Kolonisierten aller Länder, uvm. Leider findet sich in den bisherigen Konzepten nichts davon.

Es ist eine der zentralen Aufgaben staatlicher Gedenkpolitik in Deutschland, daran zu erinnern, wie 1933, 1939/41 und 1938/42 möglich wurden, die Machtübertragung an Hitler, der Beginn des Vernichtungskrieges im Osten und die Verfolgung von Jüdinnen/Juden und der Holocaust. Dies gilt auch für die deutsche Demokratiegeschichte. Die bisher vorliegenden Überlegungen und Konzepte zu den Orten deutscher Demokratiegeschichte geben dazu keine bzw. nur unzureichend Auskunft.